

Acta

und die Anarchie im Internet

Gerald Mackenthun (Berlin)

Oktober 2014 / Version 1.0

Die öffentliche Auseinandersetzung um Acta, das internationale Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen, betrifft in entscheidendem Maße auch die Selbstverleger und „autonomen“ Autoren. Die Anti-ACTA-Bewegung und die Occupy-Bewegung liefen 2013 parallel und verschmolzen gelegentlich. Es gibt zu denken, dass sich Occupy den britischen Terroristen und Verschwörer Guy Fawkes zur anonymen Maske erkor. Ein Faible für Gesetzlosigkeit zeichnet beide Bewegungen aus. Das wiederum amalgamiert sich mit einer erwachenden Macht des Internets.

Ihre Stärke erprobten die Netzaaffinen zunächst an einem Thema, das eigentlich unstrittig sein sollte: der Blockierung von Internetseiten mit Kinderpornographie. Die Abscheu vor Kinderpornographie teilen alle Parteien, die Netzaaffinen aber treffen eine davon abweichende Werteentscheidung. Von nun an soll die Freiheit der Information, worunter offensichtlich auch Kinderpornographie fällt, mehr gelten als der Kinderschutz, es drohe sonst „Zensur“. Damit traten die Online-Aktivisten mit Macht an die Öffentlichkeit. Der Chaos Computer Club (CCC) beeinflusste das Urteil zur Vorratsdatenspeicherung. Es wurde abgeschwächt, was im Augenblick (2013) die Europäische Kommission erbost, die die Bundesregierung auffordert, das in Deutschland geltende Recht an europäische Normen anzupassen. Es war ebenfalls der CCC, der den „Staatstrojaner“, eine von Strafverfolgungsbehörden eingesetzte Lausch-Software, zu einem politischen Sündenfall hochkochte. Trojaner, so scheint es, sollen einzig von den Computernerds zum Schaden der Internetnutzer in die Welt gesetzt werden, nicht von Beamten. Die Computergemeinde reklamiert für sich das alleinige Recht auf Verbreitung von Schadsoftware. Und mehr noch: Dieses „Recht“ soll nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Über die gesetzliche Grundlage kann man diskutieren, jedenfalls ist bisher (2014) noch kein einziger Missbrauchsfall mit dem Staatstrojaner bekannt geworden. Das virtuelle Netz und der CCC generierten einen hypothetisch-virtuellen Datenskandal, der nach Auskunft des Bundesdatenschutzbeauftragten nicht stattgefunden hat.

Zeitweilige Deutungshoheit erzielte die Netzgemeinde und ihre politischen Unterstützer beim Thema Abfrage von Handynutzungsdaten im Zuge der Fahndung nach Auto-Serienbrandstifter in Berlin. Dort, wo es brannte, wurden Daten der lokalen Sendestationen (cells) überprüft, die aus den Telefonnummern benutzter Handys und die von ihnen ausgehenden Rufnummern bestanden. Dass dabei viele tausend Nummern der Polizei auf dem Schreibtisch lagen, ist nicht zu vermeiden. Gesucht wurde in dem Datenhaufen nur nach einem bestimmten Muster. Die Gegner der Strafverfolgung eines Serientäters brachten Polizei, Richter und Staatsanwaltschaft in scheinbare Erklärungsnot mit dem Argument des „Generalverdachts für alle Handyträger“. Am liebsten hätten sie eine geknebelte Polizei, die auf moderne Strafverfolgungsmaßnahmen gänzlich verzichtet. Die Kraft der Internetgemeinde ist zunächst und vor allem eine Empörungskraft.

Und dann die Diskussion um das Urheberrecht und Acta, die internationalen Standards im Kampf gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen. Glaubt man dem anschwellenden Chor im Internet (das war 2013, inzwischen herrscht wieder Ruhe), dann handelt es sich bei Acta um eine internationale Verschwörung zugunsten von Großkonzernen zur Knebelung des freien Informationsaustauschs. Das bestehende Urheberrecht sei überholt und diene nur dazu, der Musikindustrie Milliardengewinne zu verschaffen. Das freie Runterladen sei sowie schon allerorten gebräuchlich und sollte endlich allgemein freigegeben werden.

Die Acta-Kritiker benehmen sich wie Rundfunkteilnehmer, die keine Gebühren mehr zahlen wollen. Den Freiheitsaposteln geht es nicht um den Schutz geistigen Eigentums, den sie für lächerlich und überholt wännen, sondern um die kostenlose und jederzeitige Versorgung mit Filmen und Musik. Sie träumen von der Utopie einer unendlichen Verbreitung und Multiplikation – wenn es sein muss dann eben auch Kinderpornographie.

Der politische Widerspruch dagegen war erstaunlich gering. Warum hat sich die Netzgemeinde ausgerechnet dem Thema Urheberrecht verschrieben? Auf den Punkt gebracht fordern die Anti-Acta-Leute „Freiheit für alle Kriminellen“ und „Freie Bürger für freie Kinderpornographie“.

Sie verkennen, dass Kreative und Künstler meist von ihrer Tätigkeit leben wollen oder müssen. Ohne Geld fürs Zuhören oder Anschauen trocknet Kreativität aus. Natürlich gibt es in diesem Feld Absah-

ner und Ausgenutzte, Glückskinder und Hungerleider. Aber das ist nicht auf den Bereich des geistigen Eigentums beschränkt, sondern an vielen Orten anzutreffen.

Das Internet erwacht langsam zu seiner vollen Pracht, doch seine Gestalt ist zunehmend abstoßend. Der verteidigte Freiheitsbegriff ist der unverantwortlicher, verwöhnter Kinder und Krimineller. Sie arbeiten daran, sich in ihrem Tun ungehindert von gesetzlichen und moralischen Vorgaben austoben zu dürfen. Eine verewigte Pubertät.

Nicht nur populistische Radikalität, auch religiöser Fanatismus setzen sich im Internet fest. Überall breiten sich erniedrigende Verachtung und Hass auf den Online-Plattformen aus. Neben Desinformation sind Sabotage und Terrorisierung in der Cyberwelt angekommen.

Das Internet bringt die Debatten in den westlichen Demokratien nicht voran. Kurzfristige Aufwallungen auf der Grundlage dümmlicher Vereinfachungen brechen schnell wieder in sich zusammen. Die Occupy- und Anti-Acta-Bewegungen sind Ende 2014 schon wieder Geschichte. Sie haben keinerlei Klärung gebracht. Das Weltwissen ist eigentlich nur ein paar Mausklicks entfernt, aber immer noch reichen ein paar unbedarft hingeworfene Schlagworte („Chlorhühnchen“) zur Kurzzeit-Exaltation. Genauso wie im richtigen Leben gruppieren sich die Leute im Netz um ihresgleichen: Heimat ist die Geborgenheit unter vermeintlich Gleichdenkenden.

Das zugrundeliegende Problem aber ist alt. Es ist die Unfähigkeit, zwischen Gut und Böse, zwischen Gerechtfertigt und Ungerecht zu unterscheiden. Netzpiraten und Web-Nerds tun sich offensichtlich schwer damit, so schwer wie wir anderen auch. Bedenklich ist aber der problematische Freiheitsbegriff, der keine Nuancen kennt, und die offenkundige Unfähigkeit, die ungesetzliche Anarchie des eigenen Standpunkts zu erkennen. Das Internet verleiht dieser Strömung eine ungute und gefährliche Dynamik.

Das neueste Verwirrspiel dreht sich um Amazon und die Preisgestaltung für eBooks. In Deutschland kann man sich auf die gesetzliche Buchpreisbindung verlassen, die eine marktwirtschaftliche Konkurrenz bei Büchern ausschließt, weil die Produkte überall dasselbe kosten. Das Ergebnis ist eine Büchervielfalt wie in kaum einem anderen Land der Erde.

Amazon kennt zwei unterschiedliche Kategorien von Kindle Books, die auseinandergelassen werden sollten. Einerseits gibt es die preiswerten eBooks, die von verlagsungebundenen Autoren nur für Kindle geschrieben werden, und oftmals nur vier oder fünf Euro kosten. Die andere Gruppe sind jene eBooks, die von Verlagen zusätzlich zu den Printausgaben hergestellt werden. Der Verlagsbuchmarkt hat sich darauf verständigt, Kindle-Ausgaben nur unwesentlich preisgünstiger als die gedruckten Bücher zu verkaufen. Das ist der Punkt.

Derzeit ist das eBook noch ein gutes Geschäft für die Verlage. Es kommt ohne Druck- und Papierkosten aus, ohne Logistik und ohne teuren Versand. Und die Verlage verkaufen es trotzdem nur etwa 20 Prozent billiger als ein normales Buch. Denn sie dürfen – Buchpreisbindung! – ihre Preise selbst setzen. Da wird zusätzlich Geld verdient.

So steht im Zentrum des öffentlich ausgetragenen Kampfes vor allem eine Frage: Wer bekommt wie viel ab von dem, was ein E-Book einbringt? Amazon setzt die Print-Verlage unter Druck, ihre eBooks preiswerter als jetzt anzubieten. Bei eBooks der ersten Kategorie bekommen Autoren 35 Prozent vom Verkaufspreis, manchmal sogar 70 Prozent. Bei den Kindle-Büchern der zweiten Kategorie geben die Verlage den Autoren 8 Prozent vom Netto-Verkaufspreis. Das ist der Unterschied.

Derzeit findet wegen der steigenden Zahl verkaufter eBooks eine Machtverschiebung von den Verlagen hin zu Amazon statt. Deswegen greifen Verlage und Verlagsautoren das Logistikunternehmen an. Für die Verlage ist die Lage bedrohlich. Ob niedrigere Verkaufspreise für eBooks der Verlage auch für Autoren schlecht sind, ist unklar. Jedenfalls schlagen sich die Autoren, sofern sie sich äußern, auf Seiten der Verlage.

Die Schriftsteller, darunter prominente Autoren wie Amelie Fried, Christoph Hein, Doris Dörrie, Gaby Hauptmann, Sten Nadolny, Ingrid Noll, Uwe Timm, Ferdinand von Schirach, Günter Wallraff und Juli Zeh werfen dem Unternehmen „Erpressungsmethoden“ vor. „Wir fordern Amazon entschieden auf, nicht länger Bücher und damit auch Autoren und Autorinnen als Geiseln zu nehmen, sondern eine lebendige, ehrliche Buchkultur zu gewährleisten“, heißt es in dem Schreiben.

Aber was soll das denn heißen? Mit derartigem Wortnebel kann nicht klar werden, um was es eigentlich geht (außer dass der Eindruck entsteht, Amazon sei der Buhmann).

Die Kritik der Autoren ist fadenscheinig. Sie selbst profitieren enorm von Amazons Marktmacht, denn auch ihre Bücher werden dort verkauft. Kein Autor möchte im Ernst auf Amazon verzichten (außer Günter Wallraff) und sich nur auf die kleinen Buchhändler an der Ecke stützen. Vor lauter Protest gegen den bösen Riesen Amazon scheinen viele zu vergessen, worauf es eigentlich ankommt. Es geht darum, dass Bücher gelesen und das heißt gefunden und gekauft werden. Allzu leicht entsteht der Eindruck, man habe als Käufer nur die Wahl zwischen dem bequemen, aber unmoralischen Amazon und der kleinen, sympathischen, aber leider häufig unpraktischen Buchhandlung.

Auslöser war ein offener Brief an Amazon von 909 amerikanischen verlagsgebundenen Autoren als ganzseitige Anzeige am 10. August in der New York Times, der Mitte August 2014 von fast 600 deutschen Autoren übernommen wurde. Darin wird Amazon vorgeworfen, „in den letzten Monaten“ Bonnier-Autoren und Autorinnen zu boykottieren und ihre Bücher nicht auf Lager zu legen, selbst wenn es gängige Werke sind. Die Bücher würden verlangsamt ausgeliefert, über die Lieferbarkeit fänden sich Falschaussagen, und die Autoren und Autorinnen tauchen nicht mehr in den Empfehlungslisten auf. (Bonnier ist eine gigantische, international agierende Verlagsgruppe.)

Das sind zunächst kaum mehr als Behauptungen. Tatsächlich hat sich keine von ihnen beweisen lassen. Und seit wann haben Autoren oder Verlage ein recht auf eine hochplatzierte Empfehlung bei Amazon? Amazon möchte „noch mehr Rabatte erzwingen“. Das wird nicht erklärt, stattdessen wird von Beugehaft und Geiselnahme schwadroniert.

Tatsächlich will Amazon (eventuell mit umstrittenen Methoden) die Preise für elektronische Bücher von Verlagen senken. Nicht nur 20 Prozent unterhalb der Druckausgabe, sondern mehr. Amazon weiß, dass das eBook eine Drittverwertung von Texten ist (neben der gebundenen und der Taschenbuch-Ausgabe) und wenig bis fast nichts an Kosten verursacht. Die Verlagsautoren aber bekommen 8 Prozent, egal wie teuer oder preiswert das eBook ist. Die renommierten Autoren protestieren also dagegen, dass sie weniger Honorar erhalten, wenn die Preise für eBooks sinken. Das dürfen sie, aber vergessen werden dabei die Leser. Die sind es, die von niedrigeren Preisen profitiert.

* * *